

Gelehrte Arbeit
nachmitt. mit Besprechung
der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis
monatlich 50 Pf.
vierteljährlich 1.50 Mk.
halbjährlich 3.00 Mk.
jährlich 6.00 Mk.
Durch die Post bezogen
1.00 Mk. zuzü. Postgebühren.

Die Neue Welt
(Anschaffungspreis),
monatlich 10 Pf.

**Verlags- und Anstalts-
Redaktion:** Nr. 339,
Expeditoren: Dr. 1047,
Telegraphen-Adresse:
Volkshaus Halle/Saale.

Die Arbeiter-Zeitung

Sozialdemokratisches Organ

Infektionsgefahr
bedingt für die 6 gepaltene
Postkarte abzugeben
30 Pfennig.
Die ansonstigen Ausgaben
30 Pfennig.
Im redaktionellen Falle
kann die Karte 75 Pfennig.
+
Infanterie
für die (Halle): Nummer
wollen infizieren die
mitläge halbi 10 Uhr in der
Expeditoren angegeben
sein.
+
Eingetragen in die
Postzeitungsliste.

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
Wittenberg-Schweinitz, Corgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.
Expedition: Post 42/43. Geöffnet werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. ■ Redaktion: Post 42/43. Sprechstunde werktags 1/2-1/2 Uhr mittags.

Ein Ruhmestag der Internationale. Friedensdemonstration des Berliner Proletariats.

200 000 Demonstranten!
Die deutsche Arbeiterklasse hat in fast allen großen Städten des Reiches in gewaltigen MassenDemonstrationen gegen die frowale Kriegshebe Stellung genommen und den Völkern Frieden durch internationale Verständigung gefordert. Überall haben die Arbeiter ihre Aufgabe erkannt und den Willen bekundet, eventuell mit den schärfsten Mitteln den organisieren Völkermord zu verhindern. Das ist eine beachtenswerte Entwicklung des Kampfes gegen das internationale Proletariat, die die herrschenden Klassen nicht übersehen können. Es ist erwiesen, daß die einzige Hoffnung auf Erhaltung des europäischen Friedens allein auf der Macht und Entschlossenheit der sozialistisch gestellten Arbeiterklasse beruht, deren Kraft zu stärken das dringende Interesse aller abhängigen Volksschichten ist.

Die gewaltige Kundgebung der deutschen Arbeiterklasse war die Friedensdemonstration der Berliner Arbeiterklasse am gestrigen Sonntag.

Aus Berlin wird uns geschrieben:
St. O. wird das deutsche Volk aus einem ruhmslosen Streit, den händelische Diplomaten entzweit, tollkühne Kriegsheben geschürt haben, doch ein einen großen Ruhm erringen. Die gewaltige, ersehnte Kundgebung wider die Barbarei des Krieges für den Fortschritt friedlicher Kultur hat in der deutschen Reichshauptstadt stattgefunden. „Man muß sich schämen, ein Kreuz zu sein!“ hat einmal ein Zentrumsgesandter ausgesprochen. Man muß sich nicht mehr schämen, ein Deutscher zu sein, wenn man die Hunderttausende des Berliner Proletariats gesehen hat, wie sie im glühenden Sonnenbrand dieses erbarmerlosen Sommers durch die verstaubten Straßen der Vorstadt hinausogen, mit ihrem unübersehbaren dunklen Bogen das riesenhafte ausgedehnte grüne Versammlungsfeld überfüllen, in diesem Ernst den Worten des auf zehn Tribünen verteilten Rednerchors lauschten, wie sie jedes treffende Wort mit donnerndem Beifall begrüßten und schließlich, nach einer unübersehbaren Stunde dramatischer Spannung, die Hände hoben zum Schwur für die Sache des Sozialismus und des Völkere Friedens. Wer in dieser Zeit der Nüchternheit, der Mittelmäßigkeit, der Kennzeichen des Verfalls einer niedergebenden Gesellschaftperiode nach Nödem und Großem such, hier, auf dem grünen Rasen des Treptower Parks, durfte es sich finden. Das „niedere Wort“ ist der Führer deutscher Kultur!

Eine „Marxofferversammlung“ des Bürgeriums ist vor ein paar Tagen in engem Saal abgehalten worden. Sozialdemokratischer Besuch war nicht vergeblich „verdort“. Die Berliner Arbeiter hatten damals besseres zu tun, als in dieser Versammlung, in der die hitzige Konfusion politischer Skandale aufkam und verpuffte, Staffage zu spielen. Sie bereiteten damals mit dem organisatorischen Eifer, der ihnen eigen ist, ihre Versammlung vor, und wenn die Schreier der Reuen Rührwerke damals versicherten, das ganze deutsche Volk müsse hinter ihnen herkommen sie und hängen, wartet nur! Und als drei Tage vergangen waren, da hand das Volk da, riesenhafte, unendlich wie aus der Erde gewachsen, und wie die vernehmlichen Schreier in ihr Nichts zurück. Die Kriegsheber hatten das Volk angestrichen, nun kam es. Aber es ging jenen wie dem Doktor Faust, der den Dämon besah, aber sich von seinem Anblick erschrecken abwendete: „ein furchtbar weggerittener Wurm“.

In diesen drei Tagen hat sich nämlich die unjagbar flüchtige und lächerliche Komödie abspielte, daß die Kriegsheber in ihrer Freize die Regierung förmlich anstießen, sie möge die Friedensleitung des Berliner Proletariats durch einen widergesetzlichen politischen Eingriff verhindern. Das Ministerium des Innern aber hat sich, wie die Deutsche Tageszeitung kommt und schreibt berichtet, nach eingehender Erwägung des Für und Wider zu einem solchen Gewaltstreik nicht zu entschließen vermocht. Die Heber rufen nach dem Volke, aber, wenn es kommt, schreien sie nach der Polizei. Am Montag beginnen die diplomatischen Verhandlungen wegen Marxoffs aus neu. Sie hätten einen widerigen, eindringlicheren Ausdruck nicht finden können. Das Volk der Reichshauptstadt — und das Volk des ganzen Reiches ist mit ihm darin einig — will keinen Krieg. Es fordert die friedliche Verständigung mit Frankreich, es fordert ein Ende des Gekänktes und Geketztes, das seit zwei Monaten mit seinen widerlichen Kram Europa erfüllt. Es gebietet den freichenden aufgeregten Stimmen der blutdürstern Barbaren Schweigen durch den hunderttausend-, millionenfömmigen donnernden Ruf der Freiheit, des Friedens, der Kultur: **Das ist internationale völkerebene Sozialdemokratie!**

Als dieser Ruf über das Feld der Versammlung brauste, hand eine Gruppe französischer Journalisten auf der Tribüne 4. In worlofer Aufregung hatten sie hinauf auf das tobende Meer der Hände und Hüte. Jetzt empfanden sie die Achtung vor dem deutschen Volk, die der deutsche Militarismus ihnen vergeblich abzumögen trachtet, und ähnten, daß hier, in den arbeiten-

den Massen ihres eigenen Vaterlandes, eine Nacht emporswäh, der die Welt überdauern wird!

Der Verlauf der Kundgebung.

Ueber die Friedensdemonstration im Treptower Park wird uns weiter berichtet.
P. B. Die gewaltige Kundgebung war vorzüglich organisiert und wurde musterhaft durchgeführt.
Schon um 10 Uhr morgens hatten sich die Parteigenossen in den verschiedenen Vororten Berlins und der Vororte eingefunden, um unter Führung ihrer Bezirksführer den Versammlungsplatz aufzusuchen. Bereits um 11 Uhr sah man kleinere Trupps von Demonstranten dem Treptower Park zufließen. Je näher man aber dem Versammlungsplatz kam, desto größer wurden die Jüge, um schließlich gegen 12 Uhr zu einem großen Zug zu werden, der sich durch die verschiedenen Zugänge in den Treptower Park ergoß. Die Bürgerweitere der Straßen langten nicht mehr aus, auch der Bahndamm wackelte in Anspruch genommen. Die Polizei verhielt sich vollständig ruhig und zurückhaltend und unsere Ordner, an den roten Armbändern kenntlich, sowie die Genossen selbst sorgten in ununterbrochener Weise für eine glatte Abwicklung des Verkehrs; stets wurde der Zug willig unterbrochen, damit der Verkehr keine Störung erleide. Ein imponierender Anblick, dieser Aufmarsch!

Um 1/2 12 Uhr begann sich der Versammlungsplatz zu füllen. Immer größerer wird das Bild. Nicht gedrängt umlagern die Parteigenossen die zehn Rednertribünen, geduldig stehend lang harrend, um ihren Platz nicht zu verlieren; denn die Menschenmassen scheinen endlos zu sein.

Die Zahl der Demonstranten wird auf mindestens 200 000 geschätzt.

Auch die Parteigenossinnen waren sehr zahlreich vertreten. Man war sich einig darin, daß Berlin ein solches Massenauftreten noch nicht gesehen hat. Pünktlich 1 Uhr ertönte das Zeichen zum Beginn. Augenblicklich trat eine vollständige Stille ein. — Die Redner fanden mit ihren Ausführungen, die oftmals von lebhaften Zustimmungsgeschreien unterbrochen wurden, allseitigen fröhlichen Beifall. Entrüstete Proteste untertrichen die Brandmarke der Kriegsheber.

Nachdem die Resolution, bei deren Abfassung sich ein einziges Händereichen zeigte, wurde angenommen:

Die am Sonntag, den 3. September, im Treptower Park versammelten Männer und Frauen des arbeitenden Volkes erheben energischen Widerspruch gegen die in seine Kriegshebe des Banzensplutens und Kanonensplutens und dessen beschäfter Eigentümern.

Ausgehend von der Überzeugung, daß die ganze Kolonialpolitik nur ein Auswuchs der imperialistischen Machtentfaltung und der kapitalistischen Ausbeutung ist, daß sie zur Verrohung der erodernden Völler und zur gewaltsamen Vernichtung ganzer Völkerräume führt, daß diese Politik notwendigerweise Heiberien und Konflikte mit anderen Staaten hervorruft, bei der die arbeitende Bevölkerung die Rollen zu tragen hat, protestieren die Versammelten gegen die abenteuerlichen Unternehmungen. Sie verlangen, daß in so ersten Fragen die Selbstvertretung gefragt wird. Die Versammelten erklären, daß sie all ihren politischen und wirtschaftlichen Einfluss ausüben werden, die Aufrechterhaltung des Völkere Friedens zu sichern.

Weiter erklären die Versammelten, daß sie sich durch den von den Interessenten entworfenen Kriegsertrag nicht abhalten lassen werden, bei der nächsten Reichstagswahl Abrechnung zu halten mit dem völlerfeindlichen und völlerbeutenden Verhalten der jetzt herrschenden Parteien und den hinter ihnen stehenden Regierungen, indem sie mit allen Kräften für die Wahl der sozialdemokratischen Kandidaten eintreten. Dem einzig und allein in der Sozialdemokratie findenden die Interessen der arbeitenden Bevölkerung ihrer Vertretung, und nur durch die Sozialdemokratie werden die Forderungen der Kultur und der Völkerefreiheit erfüllt.

Die Arbeiter-Samariterkolonne war auf dem Versammlungsplatz vollständig vertreten. Die Samariter hatten infolge der großen Hitze reichlich zu tun, da etwa 150 Ohnmachtsankfälle zu verzeichnen waren, von denen glücklicherweise nur wenige ernsterer Natur waren. Die Kolonne betriebsweise Störungs-mittel, wodurch sich die Maroden bald wieder erholten.

Wie der Junatsch, wozu sich auch nach Schluß der Demonstration der Abmarsch in musterhafter Ordnung. Nur langsam löste sich der große Hauf. Ordner sorgten wiederum dafür, daß der Verkehr ungehindert vor sich gehen konnte. Gegen 3 Uhr war der Hauptstrom vorbei, aber noch lange war das Strahlenbild in und um Treptow von den Versammlungsgesuchern besetzt. Da sich die Polizei in den Demonstrationen nicht entgegen stellte, verlief die ganze Treptowkündigung ohne jeden Zwischenfall.

Die Berliner Arbeiterklasse hat durch diese massenhafte Demonstration den Kriegshebern gegenüber in wirkungsvoller Weise ihren unerschütterlichen Friedenswillen kundgegeben.

Eine Demonstration in Frankreich. Entschlossenheit zum Generalkrieg.

Paris, 3. September. Ein von dem Arbeiterbundverband veranlaßtes Meeting gegen den Krieg fand gestern in der Arbeitsbüchse in Lyon statt. Der Sekretär der Arbeitsbüchse und der Generalsekretär des allgemeinen Arbeiterverbandes hielten Ansprachen, worauf von der Versammlung einstimmig eine Tagesordnung angenommen wurde, in welcher sie sich mit den deutschen, englischen und spanischen Arbeitern solidarisch erklärt und sich verpflichtet, sofort den Generalkrieg zu verkünden, falls es zu einem Kriege kommen sollte. Die Versammlung trennte sich darauf, ohne daß sich Zwischenfälle ereignet hätten.

Das Streikrecht in England.

Man schreibt uns aus London: In den Massenbewegungen der letzten Wochen hat die englische Bourgeoisie mit Schreden erndet, wofür furchtbare Waffe die Arbeiter in den Streiks haben, und es ist deshalb kaum zu verwundern, daß die Wortführer und Vorkämpfer des Kapitalismus sich jetzt die Köpfe darüber zerbrechen, wie man diese Waffe dem Proletariat entwenden könnte. Die meisten von ihnen sind zu dem Ergebnis gekommen, daß es das Streikrecht ist, das die Arbeiterklasse wirksam macht, in dem es zu verhindern sucht, daß dem Unternehmer aus dem Lager der Arbeiter selbst Hilfstuppen erwaschen. Es ist deshalb eine organisierte Kampagne gegen das Recht des Streikrechts begonnen worden. Parlamentarier und Polizeidirektoren haben an die Regierung petitioniert, damit sie die den berüchtigten Laiff-Wale-Entscheid unmissbar Trade Disputes Act von 1906 umstoße und das Recht des friedlichen Streikrechts so wieder ändern, das es wertlos wird. Daß die Regierung mit diesem Vorhaben die größte Sympathie hat, zeigt außer allem Zweifel. Bewiesen wird das vor allem durch ein Zirkular, das der Minister des Innern Churchill während der jüngsten Streikbewegung an alle Polizeihauptlinge verteilte. Darin wurde das Recht des Streikrechts festlich schon auf dem Verordnungsweg konfirmiert, namentlich daß die gänzlich willkürliche Beschränkung der Zahl der zulässigen Streikposten-herber und durch die tatsächliche Verbindung der friedlichen Heberung. Trotzdem ist es sehr zweifelhaft, ob die Regierung jetzt, nachdem die Arbeiter durch die Tat bewiesen haben, daß sie nicht mit sich scherzen lassen, den Mut finden werden, das von ihr selbst im Jahre 1906 zugesagte Recht auf gesetzgebendem Wege zu rauben. Ein solcher Versuch könnte allenfalls durch eine gewaltigere Widerstandsbewegung der Arbeitermassen führen, wie sie in den letzten Wochen erlebt wurde, die aber noch das weitere Merkmal hätte, daß sie klar und direkt nicht gegen eine einzelne Unternehmerrschafft, sondern unmittelbar gegen die Gesamtheit der herrschenden Klassen und die bürgerliche Staatsgewalt richten würde. Diese Aussicht ist für die herrschenden Klassen zu gefährlich, als daß die Regierung sie mit leichtem Herzen provozieren könnte.

Merkwürdigerweise kommen hier aber einige gewiß sehr wohlmeinende Mitglieder der Arbeiterfraktion zu Hilfe. Der Arbeiterabgeordnete Bill Crooks hat im Unterhaus eine lange Vorlage eingebracht, die neuen Übernahmeregeln auch von einigen Arbeitereverten unterstützt habe, als diese Vorlage macht sich nichts Geringeres zur Aufgabe, als diese sonst so tabellöse Welt von der Plage der Streiks und Ausperrungen zu erlösen. (1) Crooks scheint von der gegenwärtigen Streikbewegung, zu deren herbortschendsten Merkmalen doch der Zusammenbruch des gewerblichen Einigungsverfahrens gehörte, so wenig gelernt zu haben, daß er als Arznei gegen diese sozialen Kämpfe nichts als ein obligatorisches Schiedsgerichtsvorsahren vorzuschlagen weiß. Nicht eine gewerbliche Streitigkeit ist, so sollen sowohl der Unternehmer wie die Arbeiter das Recht haben, dem Schiedsgericht zu verlangen, welchem Verlangen das Ministerium binnen 15 Tagen Folge zu leisten hat. Das Schiedsgericht soll aus drei Mitgliedern bestehen, einem Arbeitervertreter, einem Vertreter der Unternehmer und einem von diesen beiden gewählten Vorstehenden. Keine Person, die ein direktes materielles Interesse an dem Ausgang des Konfliktes hat, kann Mitglied des Schiedsgerichts sein. Die Parteien sind nicht verpflichtet, die Entscheidung des Schiedsgerichts anzuerkennen, und wenn das Verfahren zu seiner Einigung führt, dann bleibt das Recht des Streiks und der Ausperrung unangeführt. Dagegen verlangt die Vorlage sowohl von Arbeitern wie von Unternehmern eine dreißigtägige Bindung, wenn sie eine Änderung in den Arbeitslöhen und sonstigen Arbeitsbedingungen herbeiführen wollen. Streiks und Ausperrungen, die ohne die Einhaltung dieser Bindungsfrist und des Einigungsverfahrens verurteilt worden, sind mit gewissen besonderen Ausnahmen strafbar. Ein Unternehmer, der den Bestimmungen der Vorlage widerstandelnd eine Ausperrung erteilt, muß für jeden Tag, so lange die Ausperrung dauert, eine Geldbuße von 20—200 Pf. Sterling bezahlen. Dieser Betrag ist sofort einbehaltend in den 30 Tagen, in denen die Ausperrung stattfindet, bis zu 2 bis 10 Pfund Sterling (40—200 Mark) für jeden Streiktag strafbar. Ferner soll jede Person, die einen Arbeitgeber zur Erklärung oder Fortsetzung einer

schwierigen Ausprägung oder einen Arbeiter zur Erklärung oder Fortsetzung eines rechtswidrigen Streiks aufreigt, ermuntert oder ihn darin unterstützt, mit einer Geldbuße von 10 bis 20 Pfund Sterling zu belegen. Im übrigen führt die Vorlage den Schiedsgerichten weitgehende Rechte der Untersuchung, des Zeugenshörens und der Festsetzung von Arbeitsstellen zu.

Es scheint erkrankt, daß gerade Arbeitervertreter mit einer solchen Vorlage herzutreten. Während es auf der einen Seite übermäßige Internerwerblichkeit, wie etwa die Eisenbahndirektoren gerne zugeben, auf Wunsch der Arbeiter mit diesen zu verhandeln — wozu natürlich in vielen Fällen sehr wenig gewonnen sein wird — räumt er den Arbeitern das Recht, das Eisen zu schmieden, so lange es heiß ist, nimmt er ihnen jede Möglichkeit, einen strategischen Vorstoß zu gewinnen und gibt den Unternehmern Zeit, Gegenmaßnahmen zu ergreifen, Streikbrecher zu importieren, die Produktion auf höhere anzupumpen usw., macht mit einem Worte das ganze Streikrecht der Arbeiter fastlich illusorisch. Man hätte von Arbeitervertretern wohl erwarten können, daß sie solche Vorschläge den bürgerlichen „Sozialpolitikern“ überlassen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Gewerkschaften gegen diese Entwürfe protestieren werden, sobald sie Zeit haben, zu ihm Stellung zu nehmen. In solchen Fällen darf es die Arbeiterpartei sich am wenigsten gestatten, Fehler zu begehen, denn sie muß damit nur an den Werkzeugen ihrer eigenen Kraft rütteln.

Wie ein liberaler Abgeordneter über die Vorlage urteilt, zeigt ein Brief des J. C. Wedgwood, der in bürgerlichen Blättern erscheint. Es heißt darin: „Die Vorlage bestimmt im wesentlichen, daß Arbeiter, die ohne Einwilligung in den Streit treten mit Geldbußen bestraft werden; oder im Nichtzahlungsfalle mit Gefängnis bestraft werden sollen. Nun ist aber die Verantwortung der Zeit, wenn ein Arbeiter die Hände in den Schößen laßt, nichts anderes, als ihm bis zu diesem Zeitpunkt Zwangsarbeit aufzuerlegen, mit anderen Worten, die zeitweilige Sklaverei einzuführen. Jene, die die Vorlage abgelehnt und unterstützt, haben offenbar den Grundgedanken der menschlichen Arbeit nicht begriffen, daß der Mensch das Recht hat, die Arbeit zu verweigern und zu hungern, nicht nur morgen, sondern auch heute. Einen Kontrakt zwischen zwei Parteien, wenn ein solcher besteht, zu brechen, mag eine gewisse Verletzung sein, sie ist aber für alle Fälle nur ein Verbrechen, nicht ein Kriminalverbrechen. Man kann sogar weiter gehen und sagen, daß jeder Kontrakt, der Menschen zu Zwangsarbeit zwingt, gegen die guten Sitten verstoßt, und mit dem Geiste der britischen Gesetze nicht vereinbar ist, namentlich wenn man die ungleiche Machtstellung der beiden Kontrahenten in Betracht zieht. Die Vorlage würde auch eine der wirksamsten Waffen des Streiks beeinträchtigen, nämlich seine Flüssigkeit. Diese Leidenschaft, neue Verbrechen zu fabrizieren, scheint das Stiefkind der halben liberalen Partei zu sein.“

Es ist gewiß wenig erfreulich, daß Arbeitervertreter sich dies von einem Liberalen sagen lassen müßten.

Politische Ueberflucht.

Salle a. S., den 1. September 1911.

Zum Marokkofachser.

Es heißt nunmehr fest, daß die Verhandlungen über die schon benannten Marokko-Verhandlungen noch etwas hinausgeschoben werden. Der französische Vorkämpfer Cambon ist erkrankt und die bürgerliche Presse berichtet, daß es sich um eine milchliche und nicht etwa nur um eine diplomatische Krankheit handelt. Die Marokkointeressen sind von diesem Gang der Dinge selbstverständlich keineswegs erant und die Post bringt auch bereits die Kunde des betrieblen Vorgehens, dem die Halle davon geschwommen sind. Sie behauptet, es sei eine Speziallektion, wenn halbamtlich erklärt wird, es werde von den Vertragspartnern abgesehen, die Frankreich für Wahrung der Gleichberechtigung gilt, ob man zur Verständigung komme. Tatsächlich ist man so krankheitlich, daß man im Auswärtigen Amt entschlossen, Frankreich freie Hand zu gewähren, um einem zufälligen Protestor auch keine Schwierigkeiten mehr zu machen. Das Blatt fährt fort:

Als sogenannte „Entscheidungen“ werden wir die sämtlichen Sumpfe am Kongre erhalten und in Marokko neben der nochmaligen Zulassung vollständiger Handelsfreiheit eine nach Prozenten besteuerte Beteiligung an öffentlichen Arbeiten. Wie es heißt, verlange Deutschland, ob in ganz Marokko oder nur in Sidwit, darüber konnten wir nichts endgültiges feststellen, eine Beteiligung von 70 Proz. an sämtliche öffentlichen Arbeiten. Im Grundriss ist der politische Witzzug aus Marokko augenblicklich beschlossen, man wird nur noch um einige Paragrafen zu kämpfen, inzwischen das deutsche Volk mit allen Mitteln auf das schärfste vorbereiten, damit der Sturm der Entrüstung nicht eine gefährliche Höhe erreichen möge.

Diese Ausführungen sind natürlich nicht mehr als ein Verdachtsballon, den die Post steigen läßt; sie hoffen, auf diese Weise das Auswärtige Amt zum Reden zu bringen.

Die sächsische Kompensation. In ihrem Streben, den letzten Marokko- oder vielmehr Nichtmarokkofachser der Regierung weislich zu machen, fällt die Rheinisch-Westfälische Zeitung, das Organ der Schwerindustrie, wiewohl über das famose Kompensationsobjekt, den französischen Kongre, her. Sie kommt zu folgenden drastischen Schluß:

Wir hätten also — gelebt den Fall, unter Regierung läßt sich mit der französischen Monopolisten abgeben — ein Monopolgebiet in Sibirien, in dem wir nur das eine Recht haben, eine der umliegenden Provinzen einen unbeschränkten Monopolist zu halten und ein vollständige Arbeiterverwaltung zu stellen, was 3. Den Franzosen selber im Jahre 1910 nicht weniger als 10 Millionen Franz Staatszinsfuß kostete. Die 40 französischen Monopoliensgesellschaften blieben natürlich nach wie vor französisch, denn es würde sich wohl kein Reichstag finden, die Milliarden auszuwerfen, die erforderlich wären, um den Franzosen die Monopoliensgebiete im Umfang von der anderthalbfachen Größe des Deutschen Reiches abzulassen. Der ganze Effekt wäre der, daß die Kolonie nach wie vor französisch blüht, nur daß man uns das Vergnügen gestattet, überall die schwerreicheren Dinge wechen zu lassen und jährlich wenigstens zehn Millionen für dieses Vergnügen zu verpulvern. Mit einer solchen „Kompensation“ möge man uns verschonen. Gang unsere Ansicht!

Korrigierte Kaiserrede.

Die Hottenrede Wilhelm II. in Hamburg ist den „Staatsrechtler“ jetzt, ein Regime der Maßbegabung, recht unbehaglich. Unmittelbar nachdem die Rede durch das offiziel-

Volksliche Telegraphenbureau der Öffentlichkeit übergeben worden war, wurde der bezügliche Vorleser des Hottenredens als Kommentator angerufen und als natürlich auch die gewünschte „berühmte“ Erklärung, daß die Rede „nicht“ auf neue Aktienpläne schließen lasse. Und jetzt selbst selbst die Norddeutsche Allgemeine Zeitung an die Fälschung der Rede, die so ganz nebenbei in einem Reichsbericht vorgekommen wird. Alles, damit die Wähler in Sicherheit gewigt werden.

Wilhelm II. hatte in Hamburg fastlich gelagt: „Wenn anders in den Ausdruck der Bevölkerung der Dampfbauern richtig verstanden habe, so glaube ich annehmen zu können, daß es Ihre Majestät, unsere Flotte auch fürderhin zu verhalten, so daß wir sicher sein können, daß uns niemand den uns zuteilwerden Platz an der Sonne streitig machen werde.“

Nach der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, dem Regierungsblatt, der Wilhelm II. nur sagen:

Es gelte einen Monturenstempel, und wenn das Aufstehen des deutschen Handels anderswo in der Welt als nicht eben bequem angesehen werde, so sei jeder Weltseifer doch gesund, um so mehr, als er sich friedlich austragen lasse. Den starken Schutz hierfür bilde Deutschlands Kriegsschiffe, die immer ein Gegenstand für den eigenen Interessen des deutschen Handels seien und sein wird. Die Vorrichtung der Norddeutschen kommt zu spät, die Wähler werden sich diesmal mehr an die Worte Wilhelm II. halten und danach handeln, auch wenn das Selbstwiderstreitigen das Wahllorenz verdirbt.

Furcht vor der Abrechnung.

Aus Furcht vor der kommenden großen Abrechnung sieht sich jetzt sogar die Streuzugung genötigt, in ihrer letzten Sonntagsüberfahrt über die innere Politik der Woche folgenden Zugangs zu machen:

Wir nehmen an, daß die Regierung alles tun wird, was in ihrer Macht steht und was zweckentsprechend ist, um die Folgen des Mißwachses für den Landwirt und für das ganze Volk zu mildern. Je länger hier die große Dürre hinzieht, desto mehr wird die neue Felderbestellung aufzuhalten, die Ernte des nächsten Jahres beeinträchtigt. Zielrecht werden dann außerordentliche Maßnahmen nötig sein, um die Ernährung des deutschen Volkes sicher zu stellen, und wir begeben uns tagsüber einem Widerspruch gegen notwendige und Erfolg versprechende Maßnahmen. So dürfte also auch in dieser Not und Gefahr das deutsche Volk über alle Partei- und Interessengruppen hinweg für Einigkeit gefangen, wie gegenüber der Bedrohung durch das Ausland.

Wir nehmen diese Erklärung zur Kenntnis und dürfen versichern, daß es die Sozialdemokratie an positiver Arbeit für die Sicherstellung der Volksernährung nicht fehlen lassen wird. Die konservative Partei und das Zentrum haben sich bisher jedoch nicht um die Volksernährung, sondern nur um die Volksausführung bedient gemacht, und sie würden hier die gleiche Politik verfolgen müssen, falls die Ernährung mehr werden sollte als ein Nebenart, die keinen hungrigen Magen füllt. Sollte sich auch jetzt wieder bestätigen, daß die Bier nach Profit immer noch stärker ist als die Furcht vor den Wahlen, dann wird die gefürchtete Abrechnung mit verdoppelter Schärfe über die schuldbehafteten Haupter hereinbrechen.

Soldatenschiebereien in Waffe.

Das 16. Infanterieregiment in Schleswig zeigt, wie Kriegsgeschehen vorzuziehen, zu denjenigen Truppenteilen, wo die „Schieberei“ des jüngeren Jahrganges durch die Vorgesetzten (Unteroffiziere und Geheime) und die „alten Militärs“ (ältere Mannschaften) gewissenhaft fortwährend betrieben wird. In einigen Fällen sind „Stellvertreter“, die immer aus „pädagogischen Gründen“ gehandelt haben wollen, auf der Strecke geblieben, während andere „Dienstfreie“ weiter ihre ersteberliche Tätigkeit ausüben dürfen. Der insipiden zur Heitere abgeschobene Geheime Wache, der Hauptdienstliche bedient hat, wie nachträglich bekannt wurde, um Gemeinshaft mit einem anderen Geheime seines Bezirks den Sultanen Fries in arger Weise mißhandelt, indem er ihn gegen das Spind drückte und ihm mit der Faust ins Gesicht schlug. Das Kriegsgeschehen der 18. Division (Altena) erachtete diese Heikeit mit ganzen sieben Tagen Mittelarett.

Zu den ärgsten Soldatenschiebereien dieses Regiments gehörte der frühere Sergeant Jüllgräf. Wie wir schon früher mitgeteilt haben, ist er wegen Mißhandlung in 55 Fällen und vorstrafwürdiger Behandlung Untergebenen in zehn Fällen zu einem Jahre Gefängnis und kurz danach noch wegen anderer Mißhandlungen noch zu drei Monaten Gefängnis und Degradation verurteilt worden. Bei der letzten Verhandlung kam zur Sprache, daß er den einen Soldaten habe zum Weiden verurteilt wollen. Die gegen ihn eingeleitete Verhandlung endete mit seiner Verurteilung zu dreizehn Monaten Zuchthaus und Ausstoßung aus dem Heere, doch wurde diese Strafe auf dem Gnadenwege in Gefängnisstrafe umgewandelt. Sein Schuldkonto ist damit jedoch immer noch nicht abgesehlossen, denn nachträglich ist zutage gekommen, daß er zwei Soldaten zur Mißhandlung jüngerer Leute angestiftet hat. Der aus dem Gefängnis zu demselben vorgeschickte Angeklagte muß einen so apathischen Eindruck, daß das Kriegsgericht dem Antrage des Verteidigers, ein ärztliches Gutachten über die psychische Verfassung seines Klienten einzuholen, ablehnte.

Eine weitere Mißhandlungsaffäre bei dem 16. Infanterieregiment, zu der 32 Jünger geblieben waren, wurde jedoch weitere Beweiserhebung ausgesetzt.

Dieses Regiment, in dem sich so fürderbare Zustände zu entwickeln vermochten, gehört zu den sogenannten Elitetruppen!

Deutsches Reich.

— Das „Koalitionsrecht“ der Eisenbahner in Preußen. Bei einem Besuche der Eisenbahnerverhältnisse in Pommern hat der Reichstag der Eisenbahnmittel der „Breitenbahn“ eine Konferenz mit dem Arbeiterausschuß und den Vertretern der Organisation des Eisenbahnerarbeitersverbandes abgehalten. Der Minister äußerte bei der Besprechung der Maßregelung von Eisenbahnarbeitern, daß der Verband nicht feindselig gegenüber übersehe; er mißbilligt die Arbeiterorganisation nicht, allein die scharfe Stellungnahme des Verbandes gegen die Verwaltung veranlasse ihn, den Verband künftig scharfer ins Auge zu fassen.

Preussisches Koalitionsrecht. Der Minister „mißbilligt“ die Arbeiterorganisation nicht, wenn die Möglichkeit zur Entlastung der Eisenbahnen der Eisenbahnmittelers hier, und wenn sie ihm bei ihren feindseligen Subjunktivtelegrammen fendet, aber er wird sie sofort scharfer ins Auge fassen, sobald sie wagt, die Interessen der Eisenbahner zu verletzen. Traurig nur, daß sich das alles noch so viele preussische Eisenbahner bieten lassen.

— Eisenbahner, wäht rot! In Wülhausen i. G. haben die Maßregelungen dafür gesorgt, daß sich die Eisenbahner in der richtigen Wahlstimme befinden. Ein charakteristisches Vorkommnis wird dort bei belacht. Der griß vor wenigen Monaten nach Wülhausen bereste Regierungsbauarbeiter Bergmann in der dortigen Eisenbahnerverhältnisse, dem die Arbeiter einen Teil der Schuld an den Maßregelungen zuschreiben, fand bei einem Auszug durch die feindliche Mitarbeiter an einer Abortstube, die aus den Angeln gehoben war, folgende Aufschrift:

„Mollen! Im Herbst finden Land- und Reichstagswahlen statt; wäht Männer an diese Stellen, welche Euer Interesse zu vertreten wissen. Ihr wäht alle, wie Ihr behandelt werdet.“

Wäht rot!

Eine preussisch-deutsche Verwaltung weiß, was sie bei der Entdeckung eines solchen Verzeichnisses zu tun hat. In einem Privatbetriebe die der nichtsozialdemokratischen Internerwerb den Zufuhr wieder einfach abwaschen lassen. Nicht so die Direktion der feindlichen Eisenbahnerverhältnisse in Wülhausen i. G.! Die Abortstube mit dieser ruchlosen Aufschrift wurde auf das Bureau jenes Komitees gebracht, der die Veranlassungen der organisierten Bahnarbeiter zu überwachen sollte, und dort wurden ansehend Bezugsliste mit Schriftposten angelegt, um den Hebelstift herauszubekommen. Was jetzt unklar!

— Maßregelung eines Militärparfers. Die von dem Parter Franz herausgegebene Christliche Azeit teilt mit, daß der Disziplinparfer der zweiten Gardebrigade des 1. L. S. mer verabschiedet werden solle, und zwar wegen zweier Verdigten, die er jüngst im Katholischen Sinne „zur Lage“ gehalten hat. Die reaktionäre Presse begrüßt die Maßregelung mit Freude, während die betroffene linksliberale Presse festhält, daß der Katholismus, wenn die Maßregelungen so weiter gehen, bald aufgehebt sein wird. Es weht ein „scharfer“ Wind auch gegen liberale Geistliche. Muredert ist Trumpf.

Frankreich.

Die Lebensmittellage hat weitere Protesthandlungen und Unruhen zur Folge gehabt, die besonders in St. Quentin und in der südlichen Charakter trugen. In der Stadt sollen weitläufige Arbeiterkreise, Gruppen von Demonstranten durchzogen am Sonnabend die Straßen und schloßen die Fensterläden von Geschäftshäusern ein. Die Verkaufsstellen sind geschlossen. Die Zahl der verwundeten Demonstranten wird auf 200, der verwundeten Soldaten auf 20, darunter 2 Offiziere, angegeben. 55 Personen wurden verhaftet. Vor dem Gefängnis sammelte sich eine große Volksmenge an, welche revolutionäre Rufe sang und feindselige Rufe gegen das Militär ausstieß. Nach einer Unterredung zwischen dem Internerwerb, den die Truppen befehligenden Generalen und dem Polizeikommissar wurde den Soldaten der Auftrag erteilt, zu schießen, (1) falls sie angegriffen werden sollten. In Douai durchzogen die Demonstranten den Tempelhofen, drangen auf den Markt, plünderten und vernichteten die Waren, die von den Händlern im Tisch gelassen worden waren. In Lille und Dürenkirchen kam es ebenfalls erneut zu Demonstrationen. Auf dem Markt in Tropes sollen zahlreiche Verkaufsstände geplündert und die Waren teilweise vernichtet worden sein. Einige der Protestierer verjagten die Händler und verkauften die Waren zu niedrigen Preisen.

Man kann sich des Eindruckes nicht erweiden, daß die Darstellung der Vorgänge durch die offiziellen Depeschagenturen sehr übertrieben ist, damit die militärischen und Wohnnahmen der französischen Regierung gerechtfertigt erscheinen. Sont hat die Regierung, die bei jedem Streik die Arbeiter sofort die ganzen Machtmittel des Staates zur Unterdrückung der Internerwerb und zur Unterdrückung der proletarischen Forderungen aufbehielt, für die notleidende Bevölkerung nicht viel mehr übrig als — blaue Bohnen. Was sie zur Vinderung der Lebensmittellage vorgeschlagen hat, läuft auf nichts-jagende Redensarten hinaus.

In Belgien haben sich die durch die Lebensmittellage verursachten Unruhen in verschiedenen Teilen des Landes gleichfalls erneuert. Auch in den flämischen Provinzen macht sich eine Bewegung gegen die Verteuerung der Lebensmittel geltend. In Brügge kam es Sonnabend zu ersten Weiden. Die Polizei war ohnmächtig, die Verkäufer vor der Wut der Danaustanen zu schützen. Eine Verammlung von Bürgern in einem der Mittelbezirke fand Sonnabend in Mons statt, die den Zweck hatte, die Lage zu besetzen und eventl. Maßnahmen zu treffen. Es ist beschloßen worden, ein Komitee beim Landwirtschaftsminister nachzusuchen, um die Verringerung der Grenzen zur Einfuhr von Schmalzwil zu erwirken, und die Einfuhrhöfelle für Mehl, Butter und sonstige Lebensmittel abzuschaffen.

England.

Die Post- und Telegraphenangelegenheiten sind in einer Bewegung zur Verbesserung ihrer Lage eingetreten, die über ganz England ausgedehnt werden soll. Das nationale Komitee dieser Zweiggruppen, das 60.000 Mitglieder vertritt, hielt am Sonnabend in London eine große Versammlung ab, in der die augenblickliche Lage im Postverwaltungsgebiete einer eingehenden Beratung unterzogen wurde. Die Versammlung beschloß, eine Motion an den Minister für Post und Telegraphie zu entsenden und von diesem die Ernennung eines neuen parlamentarischen Ausschusses zu erwirken. Das Komitee beschloß, seinen Wunsch durch Veranlassung großer Handlungen im ganzen Lande Ausdruck zu verleihen. Wie von dem Komitee erklärt wird, soll die Inanspruchnahme der Postangelegenheiten im ganzen Lande eine ziemlich große sein. Sämtliche Angestellte haben sich mit dem Vorgehen des Komitees solidisch erklärt und einstimmig verlangt, daß unverzüglich eine Abänderung der augenblicklichen Lage erfolgt.

Keine politische Auslandsnachrichten.

Eine sozialdemokratische Auswanderung in Ungarn (Arendland) richtete sich gegen die Einberufung zweier Unvorgere Gemeinden in die Provinz Petersburg. 4000 Personen nahmen daran teil. Die Polizei unterlagte Neben und sarkente mit der blanten Waffe die Menge. Eine halbe Kompanie Infanterie stellte die „Ordnung“ wieder her. Drei Verhaftungen wurden vorgenommen.

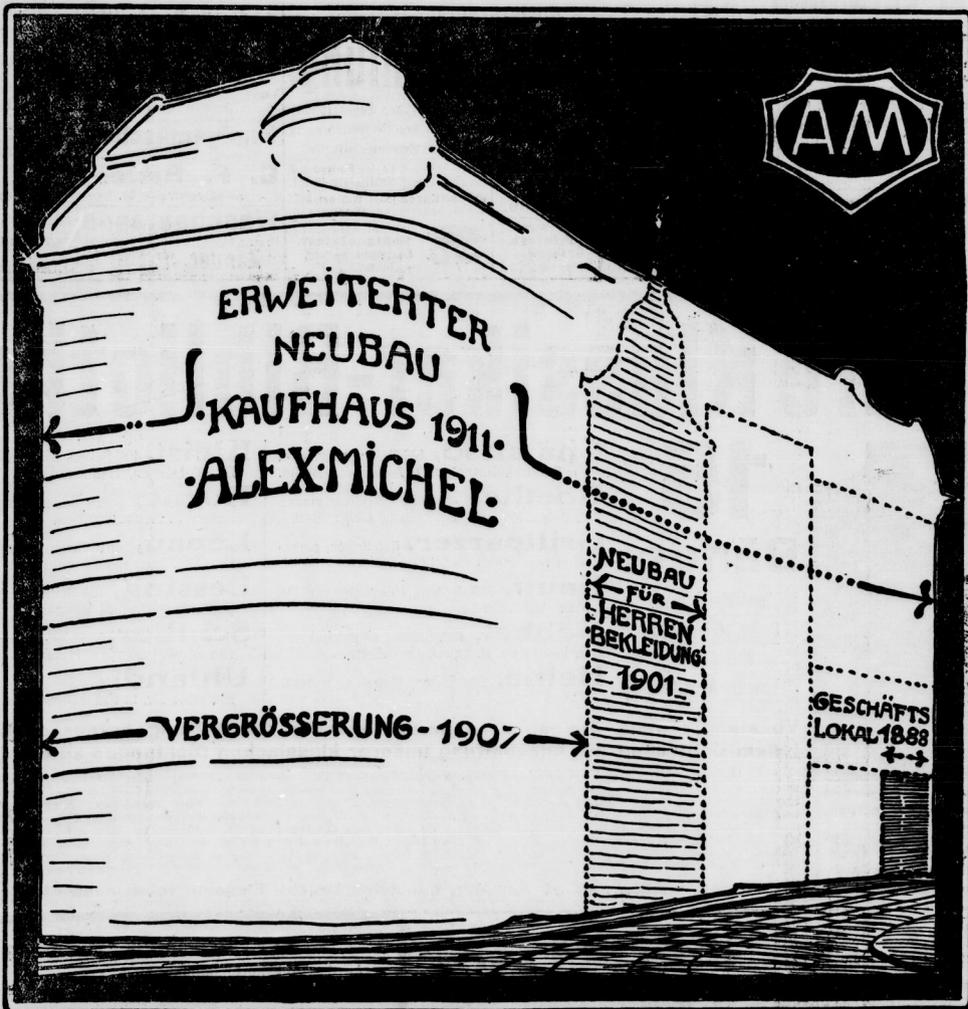
Das neue portugiesische Ministerium setzt sich folgendermaßen zusammen: Joao Vargas Präsidium, Zinneres und Justiz, Quario Leite Finanzen, Bimonta Castro Krieg, Joao Venzes Marine, Augusto Vasconcellos Aeuheres, Tibomim, Baes Öffentliche Arbeiten, Celestino Almeida Kolonien.

Türkische Soldaten haben eine amtlichen Mitteilung aus Cetinje zufolge am Donnerstag das montenegrinische Post Belina angegriffen und dabei vier Montenegriner getötet. Die montenegrinische Regierung hat bei der türkischen energischen Protest erhoben.

Die steigende
Vergrößerung
meines auf
strenge Reellität
aufgebauten
Geschäftes

*Kaufhaus
Alex Michel
Halle-S*
MARKTPLATZ 18
FERNSPRECHER 598

Beachten Sie
meine Anzeige
in der
Mittwoch-
Nummer
in welcher die Eröffnung
bekanntgegeben wird



Walhalla-Theater

Direktor u. Besitzer: Paul Blüthgen.

Heute (16. Tag) Beginn der Final-Ringkämpfe.

Rajkovic, serb. Riese gegen **Kutschko**, Sachsen.
Michailoff, Champ. v. Russland gegen **Luppa**, Böhmen.
Naber, Ostpr. gegen **Westergard**, Amerika.
Pohi Abs II, Europamestr. gg. **Steurs**, Champ. v. Belgien.
 Jetzt scheidet kein Ringler mehr aus und muss jeder mit jedem ringen.

Vorher das glänzende Varietee-Programm.
 Mittwoch 4 Uhr: Familien-Vorstellung. Kinder 10, 15, 25 Pf.

„Volkspark“

Burgstrasse 27.

Dienstag den 5. September 1911
 abends Punkt 8 Uhr:

Letztes grosses Garten-Konzert

ausgeführt von der Kapelle **Engelmann**.
 Programm 10 Pfg. Programm 10 Pfg.

NB. Bei ungünstiger Witterung findet das Konzert im grossen, renovierten Saale statt.

Freidenker-Vereinigung, Halle a.S. u. Umg.

Wittwood den 6. September 1911 abends 8^{1/2} Uhr
 im Restaurant „Goldene Kette“, Alter Markt 11:

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:
 1. Vortrag: Die neuesten Fortschritte-Ergebnisse der Mikroskopie. Referent: Gefinnungsfreund Ad. Thiele.
 2. Wahl des ersten Schriftföhrers. 3. Vereins-Angelegenheiten.
 Gäste zum Vortrag willkommen. — Eintritt frei.
 Um zahlreichen Besuch bitten. Der Vorstand.

Sonntag den 10. September vorm. 9 Uhr:
Besichtigung der k6nigl. Anatomie.
 Gäste willkommen. — Beteiligung frei.
 Treffpunkt fröh 1/2 Uhr: Ecke Gr. Steinstrasse und Kantonienweg, vor dem Gebäude der Anatomie.
 Zahlreiche Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

Jagddrucke grosse Auswahl.
C. F. Ritter, Leipzigerstrasse 30.

Strickmaschinen für häusl. Erwerb. Anz. 30—50 Mk. Brospette gratis. Rich. Wänsch, Waghäusen 1. Zb. Vertreter gel.

Butter billiger!

Allerfeinste frische Tafel-Butter

Marke „Kleeblatt“ 1/4 Pfd.-Stück **75 Pf.**

Gute Tisch-Butter 1/4 Pfd.-Stück **65 Pf.**

gar. reine Molkerei-Butter.

F. H. Krause.

14 Filialen.

Apollo-Theater.

Direktion: **Salus** **Weller.**
 Wladimir 6,30: Das grosse amerikanische Schauspiel.

Um ein Weib

in 7 Bildern v. C. L. Polak u. Koch;
 u. a.: **Wettfahrt eines Expeditions-Zuges u. eines Automobils.**
 Vorhergehend: Der gr. Variet6tal.

„Meine Tochter war hochgradig blutarm.“

Durch eine Dauskur mit **Wittwooder** **Marl = Sprudel = Sarsquelle** (Tob.-Eisen-Wangan-Rochsalzquelle) hat sie die besten Ergebnisse erzielt. Das Allgemeinbefinden hat sich gehoben und der Appetit wurde in hohem Masse angeregt. Innigsten Dank Frau W. „Der **Marl = Sprudel** leistet mit grossartigen Diensten. Bin sehr angetrieben. Frau W.“ Vergl. norm. empf. 2l. 95 Pf. bei: **Wih. Hooser**, Geisstr. 59-60 an gross; in der **Bahnhofo- u. Löwen-Apothek**; bei **Herm. Pruhl**, S. Buchererstr. 75; **Hugo Schulte**, Bernburgerstr. 92; **H. Stitz** Nachf., Gr. Steinstr. 88; **Max K6dler**, Rannischelstr. 2; **Oskar Ballin** Jr., Leipzigerstr. 63; **Bruno Berthold**, Gr. Steinstr. 48.

Ernst Haecel Volksausgabe. Preis 1 Mk. empfiehlt **Volksbuchhandlung** Harz 42/43.

Arbeitsmarkt

Für jeden Ort sucht einen **anständigen Mann** zu gut bezahlter Arbeit als **Nebenbeschäftigung.**
 Offerten unter N. L. 53 an **Ellers & Eichel, Magdeburg.**
Malergeliffen stellt ein **A. Schumann, Sehlitzstr. 7.**

Wittenberg.

Sente, Dienstag, den 5. September
 abends 1/9 Uhr beim Genossen **Freundenberg**,
 Kurfürstenstrasse

Partei-Versammlung.

Zu unter anderem die Neuwahlen auf der Tagesordnung stehen, ist es Pflicht jedes Mitgliedes, in der Versammlung zu erscheinen. **Der Bezirksführer.**

Morgen u. jeden Dienstag **Schlichte f. Joh. Fischer, Gr. Oelenstr. 59.**
 Gut erhaltenes, hartes **Fahrrad** für 22 Mk. verf. **Schlierstr. 16, H. I. Wänsch** führen jeder Art bei bill. **Malb. Ackermann, Wühlberg 10.**
 Jeden Dienstag **Schlichte fest. O. Grabum, Mansfelderstrasse Nr. 3.**
 Morgen Dienstag: **Schlichte fest. Hermann Müller, Jakobstr. 15.**

Wanzen-Finctur Radikalmittel gegen **Wanzen u. deren Brut** Glasche 50 Pf. u. 1 Mk. allein echt bei **Max Rädler**, nur **Rannischelstrasse 2, Ecke Sternstrasse.**
Jagdgemaschen in allen Ausführungen bei **C. F. Ritter**, Leipzigerstrasse 30.
Waschgefässe bauerh. billigt. **Mittl. Str. 20-23. Gr. Zander, Frake 12.**

Unsere Klassiker-Bibliothek

15 Bände.

Sorgfältige Auswahl. GröÖer, schöner Druck. Weisses Papier. Vornehme Ausstattung.

Vollständig neue Ausgaben in hervorragender Ausstattung herausgegeben, um jedem Deutschen die Anschaffung unserer klassischen Dichtungen zu ermöglichen

Die deutsche Jugend findet in **unseren Klassikern** die geistige Führung, das deutsche Volk geistfördernde Lektüre. Schenkt euren Kindern unsere Klassikerbände, kauft für eure Hausbibliothek die ganze Sammlung „Meisterwerke Deutscher Klassiker“. Diese herrliche, 15 Bände umfassende Sammlung, bietet das Schönste und Wundervollste, was deutscher Geist je erschichtet und eronnen hat. **Eine Reihe hervorragender Gelehrter und Schulmänner** hat uns bei dieser, bezüglich der Ausstattung und Billigkeit, wohl **einzig dastehenden** Kollektion unterstützt, die mit ihrem Gesamtpreis von **Mk. 15.—** für die ganze Sammlung für jeden, auch den bescheidensten Geldbeutel, erschwingbar ist. Besitzen eure Kinder erst diesen prächtigen Schatz, dann werden sie auch aus ihm schöpfen, ihn lesen und studieren und dadurch emporgetragen werden zum Edlen, Guten, Wahren. Wer tagsüber angestrengt arbeitet, findet am Abend keine edlere Erhebung und Erfrischung, als eine gediegene, geistfördernde Lektüre. In jedem deutschen Hause, in jeder Familie müssen die Meisterwerke unserer klassischen Dichter als ein kostbarer, für jeden zugänglicher Hausschatz vorhanden sein.

Gutes, weisses Papier! Schöner, deutlicher Druck! Elegante reinleilene Einbände!

Wir hoffen, daß alle unsere Leser die Gelegenheit benutzen werden und von dem Abonnement Gebrauch machen. Der nebenstehende Bestellschein ist auszufüllen und entweder dem Boten mitzugeben oder direkt einzusenden.

Mit Grüss

Volksbuchhandlung, Halle a. S., Harz 42/43.

1 Mark

Um den weitesten Kreisen die Anschaffung dieser wertvollen Hausbibliothek zu ermöglichen, eröffnen wir ein Abonnement und liefern alle 14 Tage einen Band zum Preise von nur **1 Mark** frei ins Haus.

Bestellschein für Abonnenten.

An die **Volksbuchhandlung, Halle a. S., Harz 42/43.**

Unterzeichneter abonniert hierdurch auf die **Meisterwerke Deutscher Klassiker**

15 Bände in Ganzleinen gebunden und wünscht alle 14 Tage die Zusendung eines Bandes zum Preise von M. 1.— frei ins Haus.

Name:

Stand:

Ort u. Straße:

Wenn ledig, bei wem?

Für die Inserate verantwortlich: Rob. Zigner. — Druck der Halle'sch. Genossensch.-Buchdruck. (E. G. m. b. H.) — Verleger: norm. Aug. Groh jetzt A. Zöhlig. — Samml. i. Halle a. S.



Haben, soll am Freitag, den 8. September, die Kündigung eingereicht werden.

Der Streik im Sanger Jahngebiet

hat sich der Streik. 20 Scherenhüter haben am Freitag die Arbeit eingestellt. Sie hatten Lohnforderungen gestellt, die aber von den Fabrikanten abgelehnt wurden. Zum Unterschied von dem Kampf in der Federnschneiderei, an dem nur die Mitglieder des Metallarbeiterverbandes beteiligt sind, kommt bei dem Kampf der Scherenhüter allein der Industrie-Arbeiterverband in Frage, da er fast alle Scherenhüter in seinen Reihen hat. In dieser neuen Bewegung hat sich die Zahl der Streikenden auf über 1400 erhöht.

Der Kampf im Hamburger Holzgewerbe

ist noch immer nicht endgültig beendet. Die Einigungsverhandlungen sind an der Steifnadeligkeit der Schornfächer gescheitert. Wie die Frankfurter Zeitung meldet, hat der Arbeiterfiskusverband für das Holzgewerbe die von der Vermittlungskommission vorgeschlagenen Friedensbedingungen für den schon 25 Wochen dauernden Kampf von den paritätischen Arbeitsschlichtern einstimmig abgelehnt. Die Unterhaltungscommission wurde beantragt, nur unter der Bedingung in die Besetzung des Kampfes einzutreten, wenn der Arbeitsschlichter nicht obligatorisch gemacht wird. — Es bleibt abzuwarten, ob die Schornfächer ihren Willen durchsetzen werden. Der Vorstand des Bundes der technisch-industriellen Beamten ist in Berlin zusammengetreten. Neben der Angelegenheit der Besetzung der Techniker, im Vordergrund der Verhandlungen stehen. Um den Anforderungen nachzukommen, die solche gewerkschaftlichen Kämpfe an die Organisation stellen, liegt dem Vorstand ein Antrag des Vorstands vor, den Monatsbeitrag von 2 auf 3 Mark zu erhöhen. Aus dem Mehrertrag soll dann eine Solidaritäts-Unterstützung gezahlt werden. Einen weiteren interessanten Punkt der Tagesordnung bildet die Stellung der Angehörigen zur Wirtschaftspolitik.

Wasserrände.

(+ bedeutet über, - unter Null.)

	2. Sept.	3. Sept.	2. Sept.	3. Sept.
Saale und Untert.				
Artern, Brückenpegel	+0,26	+0,26	—	—
Nebra, Oberpegel	+1,81	—1,82	0,02	—
Unterpegel	+1,22	—1,16	0,06	—
Weissenfels, Oberpa.	+2,36	—2,36	—	—
Unterp.	+0,70	—0,94	0,24	—
Trotha	+0,88	+0,92	0,06	—
Aistesleben, Oberpegel	+1,97	—1,97	—	—
Unterpegel	+0,32	—0,30	0,02	—
Bernburg	—0,03	—0,10	0,07	—
Saale, Oberpegel	+1,20	—1,28	0,08	—
Unterpegel	—0,56	—0,82	0,26	—
Elbe.				
Dresden	—2,23	—2,14	—	0,09
Forsgau	—0,43	—0,45	0,06	—
Bitterberg	+0,41	+0,42	—	—
Koblenz	—0,29	—0,26	—	0,03
Barby	—0,15	—0,15	—	—
Magdeburg	—0,02	—0,02	—	—

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., den 4. September 1911.

Sitzung der Parteifunktionäre.

Am Dienstag, den 5. September, abends 8 1/2 Uhr, findet im Volkspart eine Sitzung der Funktionäre nach § 12 der Satzungen statt. Die Funktionäre werden ersucht, sich vollständig einzufinden.

Der Vorstand

des Sozialdemokratischen Vereins.

„Organisierte“ Arbeiter bringen Berufsfolgen ins Gefängnis.

Ein unerhörtes landesweites Verfahren befolgen jetzt Mitglieder der sogenannten freien Vereinigung gegen ihre Berufsgenossen, die im Zentralverband der Bauarbeiter organisiert sind. Selbstverständlich hat die Organisation des letztgenannten Verbandes ein großes Interesse daran, alle Berufsgenossen dem starken Zentralverbande zuzuführen; Nebenorganisationen erschweren den Kampf gegen das ausprägungslüsterne Unternehmertum. — Der Bauarbeiter Schwefel, der der „freien Vereinigung“ angehört, wurde eines Tages von dem Maurer Kobl mit ruhigen, feineswegs bedrohlichen Worten ersucht, Mitglied des Zentralverbandes zu werden. Schwefel lehnte das ab. Darüber entsetzt unter den Maurern eine Missstimmung, die sich darin äußerte, daß sie mit Schwefel nicht mehr zusammenarbeiten wollten. Als K. das dem Polier mitteilte, wurde ihm entgegen, er solle entlassen werden. K. ging schließlich noch aber die Sache doch eine andere Wendung, so daß dem Schw. die Entlassung angeht wurde. Darauf erfolgte gegen K. Anzeige wegen Verleumdung nach § 153 der Gewerbeordnung und am letzten Sonnabend kam vor dem Schöffengericht das übliche Nachspiel. Der Beschuldigte betritt mit aller Entschiedenheit irgendwelche Drohungen auslösend oder Zwang gegen Schw. ausgeübt zu haben. Er habe den Kollegen nur veranlassen wollen, Mitglied des Zentralverbandes zu werden und als dieser sich weigerte, dem Polier mitgeteilt, die Maurer wollten mit Schw. nicht mehr zusammenarbeiten.

Keine Schwefel bestritt, daß er von K. keineswegs bedroht worden ist. Mitglied der freien Vereinigung sei er, weil jene Organisation niedrigere Beiträge fordere. Die freie Vereinigung sei „billiger“, weil sie „nicht so teure Beamte habe“. Auf Verfragen des Verteidigers, ob es richtig sei, daß der Zentralverband der Maurer sozialistische und die freie Vereinigung anarchisierende Bestrebungen verfolge, erklärt Schwefel, seine Organisation verfolge keine anarchisierenden Bestrebungen; sie erstrebe nur bessere Arbeitsbedingungen. Der Verteidiger Kobl, Rechtsanwalt Schiller, war der Ansicht, eine irrtümliche Handlung liege in dem Falle nicht vor. Bei Verstößen gegen den § 153 der Gewerbeordnung muß es sich handeln um eine Verabredung zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen. Wo sind hier solche Bedingungen zu verdeutlichen? Dann muß in konkreten Fällen festgestellt sein, ob förmlicher Zwang, Drohungen, Einschüchterungen oder Verursachungen angewendet worden sind? Solche Umstände sind in diesem Falle nicht in Aussicht gestellt. Es fehlen alle Erfordernisse zu einer Verurteilung. Man hat in diesem Falle aus einer Klippe einen Gefallen gemacht. — Das Gericht verurteilte trotzdem Kobl zu einer Woche Gefängnis mit der Begründung, Verabredungen zur Erzielung gewisser Bedingungen liegen vor und es seien nicht bloß Drohungen gegen Schwefel, sondern auch gegen den Polier angewendet worden. Der Anwalt hatte sogar einen Monat

Gefängnis beantragt. — Studenten, die Briefkästen verunreinigen und in unerwarteter Weise Firmenblätter zerlegen, kommen mit Geldstrafen davon: ein Arbeiter hingegen, der einen Berufsgenossen energig auffordert, seinem Verbands beizutreten und mit Personen, die seinen Interessen entgegenstehen, nicht zusammenarbeiten will, soll in das Gefängnis gesteckt werden — von Rechts- und Gesetzeswegen.

Glücklicherweise wird aber dieses Urteil nicht zur Ausführung gelangen. Wenn das Berufungsgericht nicht die Strafe aufheben sollte, so wird das höchste Gericht sicher zur Freisprechung kommen, da es wiederholt erklärt hat, daß § 153 zur Anwendung finden kann bei konkret vorliegenden Verabredungen zur Erlangung günstiger Arbeitsbedingungen. Für die Bauarbeiter, bestraft aber ein für Jahre geltender Tarif und auf dem Bau selbst war nichts neues über Erlangung günstiger Arbeitsbedingungen verhandelt. Der § 153 ist also zu Unrecht angewandt, und noch verheißt war es, Kobl nach § 153 zu bestrafen, weil er den Polier bedroht haben soll. Diese Auslegung ist völlig unhaltbar.

Verbrechung und Schwindel.

Die Halleische glaubt wieder ein feineres Pressen gefunden zu haben, an dem sie in ihrer Sonntagsnummer sich mit sichtlichem Behagen zur Unterhaltung ihrer paar Tugend Leser laßt. Der Einfluß der Sozialdemokratie in den Krankefällen, so betitelt sich diese neueste Schwindelchrie, die sich bei näherem Ansehen aber als so falsch und kraftlos erweist, daß sie den höchsten Verfall der Volkswirtschaft nicht eine Sekunde aufhalten wird. Die Angst vor dem drohenden Untergang treibt die Zunftbesitzer zu den schiefsten Mitteln. Sie wollen mit dem Urteil ihr schuldbehaftetes Gewissen entlasten. Sie wissen, daß die Kontervention mit ihren Freunden im Reichstag den Krankefällen zu Unrecht die Selbstverwaltung geraubt haben. Mit dem jetzigen Fall möchte sie deshalb gar zu gern wenigstens nachträglich zeigen, daß doch mit einem Schein von Recht in einzelnen Fällen von der Verdrängung der Sozialdemokratie in Krankefällen gesprochen werden kann. Doch heißt von Verdrängung oder gar von Territorium, den die Sozialdemokratie über die Kräfte ausübt, ist in dem Artikel ja schon gar nichts mehr. In diese Falle und ihre Reichsverbandsmitglieder sind erheblich schüchtern geworden. Sie schreiben in diesem Artikel nur noch vom „Einfluß“ der Sozialdemokratie in den Krankefällen. Und auch das kann nur geschrieben werden auf Grund ganz lobiger Verbrechungen, was wir an einigen Beispielen illustrieren wollen. Die Halleische schreibt — und das sind die Sätze, an die sie sich bei ihrer Verleumdung unserer Partei klammert — über eine Gerichtsverhandlung, die sich mit der Düsselbacher Krankefälle beschäftigt:

Es wurde erwiesen, daß tüchtige, langjährige Beamte mit den besten Ansprüchen bei Bewerbungen um Anstellungen unverschämlich nachlässig waren, während Sozialdemokraten, die keinerlei Kenntnisse hatten, angestellt wurden. Es wurde erwiesen, daß der sozialdemokratische Kandidatführer in rechts-widriger Weise mit den Mitbewerbern umgegangen war. Ein anderer sozialdemokratischer Beamter der Halle hätte bei einer Mitbewerberin sein Geld in der Halle für den geringsten Verkauf der Familienbücher der Familienversicherung. Ein dritter Beamter, ebenfalls Sozialdemokrat, hatte Kandidaten unterzogen und Lügen geflüstert. Allen diesen Beamten war wegen ihrer Verbrechungen auch nicht die geringste Strafe auferlegt. Schließlich wurde vor Gericht nachgewiesen, daß bei der Halle Kandidaten zurückgeführt hätten, die die Beamten aufforderten, Beiträge zu dem sozialdemokratischen Volkshaus und zu dem sozialdemokratischen Mitarbeiterfonds zu zahlen. Zunächst sei festgestellt, daß der „sozialdemokratische“

Voranzeige.

Auf das am **Donnerstag den 7. September** beginnende

extra billige
Sonder-Angebot
in
Herbst-Neuheiten
1911

machen wir hiermit ergebenst aufmerksam und bitten um gefällige
Beachtung unserer Schaufenster.

Geschäftshaus **J. LEWIN** Halle a. S., Marktplatz 2 u. 3.

Gründung 1859.

